



## Fristverlängerung bis 29. Mai. Kundgebung des Schlesischen Städtefages. Polnische Gewalttaten in Oberschlesien.

### Die Friedensverhandlungen.

Fristverlängerung bis 29. Mai.

w. Versailles, 21. Mai. Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles, Reichsminister Grafen Brockdorff-Ranzenau ist am 21. Mai folgende weitere Note des Ministerpräsidenten Clemenceau zugegangen:

Paris, 21. Mai. Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 20. Mai zu bestätigen. Sie hatten die Güte, mich darauf hinzuweisen, die Fragen, über welche die deutsche Delegation Bemerkungen vorzulegen wünsche, seien so verwirkt, daß die Delegationsmitglieder der deutschen Delegation in der Ihnen am 7. Mai gewährten fünfzehntägigen Frist nicht fertig sein könnten. Sie fordern infolgedessen eine Verlängerung dieser Frist. — In Erwiderung hierauf habe ich die Ehre, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen einverstanden sind, die Frist bis Donnerstag, den 29. Mai, zu verlängern.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung einer ausgezeichneten Hochachtung.

Clemenceau.

Dauer der Friedenkonferenz.

SSB. Amsterdam, 21. Mai. Aus Paris wird gemeldet: Es wird hier angenommen, daß die Friedenkonferenz noch den ganzen Sommer andauern wird. Lansing und House werden so lange in Paris bleiben.

Enttäuschung bei der amerikanischen Delegation.

w. Amsterdam, 22. Mai. "Westminster Gazette" meldet aus Paris: Bei einigen Mitgliedern der amerikanischen Friedensdelegation, die den Friedensvertrag stark missbilligen, nebst dem Widerstand dagegen ständig zu. Wahrscheinlich werden die Persönlichkeiten, die zu den augenblicklichen amerikanischen Bevollmächtigten in enger Beziehung stehen, gegen den Friedensvertrag protestieren. Verschiedene Persönlichkeiten der amerikanischen Delegation haben schon ihre Koffer gepackt, der Austritt von anderen steht bevor. Eine der bekanntesten Autoritäten erklärte, dieser Vertrag bedeute nicht den Frieden, sondern den Krieg. Diese Persönlichkeit fügte hinzu, sie werde deshalb in Kürze ihr Rücktrittsgesuch einreichen. Unter der amerikanischen Delegation herrscht Enttäuschung darüber, daß Präsident Wilson in seinen Punkten nachgegeben habe.

Widerspruch bei den Liberalen in Amerika.

w. Dem "Manchester Guardian" zufolge machen die amerikanischen Liberalen kein Geheim daraus, daß sie die Friedensbedingungen für eine ähnliche Verleugnung der gemeinsam vertragten und aufgestellten Grundsätze halten. Kein einziger Liberaler werde das Ende des deutschen Imperialismus bedauern, aber jeder Liberaler werde sich gegen die Ausschreitungen des Imperialismus bei den anderen wenden. Selbst diejenigen, die den Vertrag verteidigen gäben zu, daß er zwar ein gutes Urteil, aber kein Friedensvertrag sei. Die wirtschaftlichen Bedingungen seien darunter, daß Millionen deutscher auswandern müßten, wenn die Regierung den Vertrag unterzeichne, und zwar hauptsächlich nach Russland. Was die Folge sein würde, könne man aus der Stimmlage der amerikanischen Freiheit lernen. Vom Rhein bis zur chinesischen Küste werde der Völkerbund auf Errichtung und Haß stoßen. Die Deutschen, Russen und Chinesen hätten eine Legion von Beschwerden, die beständig eine Bedrohung des Weltfriedens geben würden.

Protest englischer Arbeitersführer.

w. London, 21. Mai. (Reuter.) Eine Anzahl hervorragender Arbeitersführer, darunter Smiley, Snowden, Lansdowne, Neil und Maclean haben ein Manifest veröffentlicht, welches be-

Protest des Schlesischen Städtefages.

\* Der Vorstand des Schlesischen Städtefages hat in seiner in Breslau abgehaltenen Sitzung folgende Entschließung gefaßt, die an die Reichs- und die Preußische Staatsregierung übermittelt worden ist:

Der Vorstand des Schlesischen Städtefages gibt den Gefühlen des Abstiegs und des heiligen Rornes, die heutzutage die Bewohner sämtlicher in dem Städtefag vereinigten Gemeinschaften durchlohten, seierlichen Ausdruck und verwirft den dem deutschen Volke angefohlenen schmachvollen Frieden als beßwülfte Friede Reichs-, Frei- und Wortbruch der Feinde an ihrer bindenden Verpflichtung vom November 1918.

Die vollständige Durchführung und Erfüllung auch nur eines Punktes des Vertragsentwurfs — mag er die politische Abschaffung, die wirtschaftliche Knebelung, den Raub des Viehs, der Schiffs- und der Lederindustrie, die finanzielle Verfolgung oder die unerhörte Vergewaltigung der deutschen Staatsfreiheit betreffen — bedeutet in seinen grausamen Folgen auch die Lahmezung und die Vernichtung jeder kommunalen Selbstverwaltung. Kein städtisches oder ländliches Gemeinwesen könnte mehr die Pflichten und Aufgaben erfüllen, zu denen es auf wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gebiete berufen ist, und deshalb muß die einzige Antwort der verantwortlichen Leiter aller Gemeinden lauten: „Ein solcher Friede ist für den einzelnen und für die Gesamtheit unannehbar, unerträglich.“

Uns Schlesier erfüllt besonders diese Entrüstung und Trauer über die willkürliche und auch nicht mit einem Scheine von Recht zu vertretende Besetzung reiendeutschher Territorial-Mittel- und Niederschlesiens und die Auslieferung Oberschlesiens an Polen und Tschechen. Deutscher Gemeinwesen und deutscher Fleis haben diese Gebiete zu der heutigen Blüte geführt, und das Band, das die Geschichte in Jahrhunderte zwischen ihnen und der Heimatprovinz genommen hat, ist unzerstörbar.

Der Vorstand des Schlesischen Städtefages spricht der Reichs-

sagt, der Friedensvertrag enthalte die Keime zu Konflikten und müsse deshalb so schnell wie möglich einer Revision unterzogen werden.

### Opposition des französischen Parlaments.

w. Versailles, 21. Mai. "Matin" meldet, der Deputierte Benoist brachte in der Kammer einen Beschlußantrag ein, einen besonderen Ausschuß von 24 Mitgliedern zur Prüfung der Friedenspräliminarien mit Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einzurichten. Der Ausschuß soll sich ernannte einen Untersuchungsausschuss zur Prüfung der militärischen Bestimmungen des Vertrages, deren Belastigkeit der Deputierte Pate von Clemenceau verlangt soll.

"Petit Parisien" aufpolte gestern nachmittag 140 Deputierte aller politischen Gruppen beschlossen, durch einen Beschlußantrag die Regierung aufzufordern, den Wortlaut des Vertrages schleunigst allen Mitgliedern der Kammer und des Senates zu zeigen.

Auch im Senat beginnen sich die Gruppen zu rütteln. Der Ausschuß für Auswärtiges will den Friedensvertrag prüfen. Senator Martin wird beantragen, daß der Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten durch Präzierung von 18 neuen Mitgliedern vergrößert wird. Alle Parteien müßten in diesem Ausschuß vertreten sein.

### Die Reichsregierung und die Auslieferungsfragen.

SS Inbezug auf die Forderung der Feinde, den Kaiser, den Kronprinzen und eine ganze Anzahl deutscher Generäle und Staatsmänner zur Aburteilung auszuliefern, soll dem "Tag" zufolge die Reichsregierung zwar nicht zur Auslieferung an einen Gerichtshof der Entente oder einen internationalen Gerichtshof bestraft sein, wohl aber soll sie nicht absichtlich feta, einem neutralen Gerichtshof unter gewissen Garantien ihre Zustimmung zu geben.

### Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Frankreich.

w. Berlin, 21. Mai. In einer Note vom 28. April hatte sich General Rudant darauf beschrieben, die deutschen Kriegsgefangenen über eine große Anzahl von Fällen schlechte Behandlung deutscher Kriegsgefangener in der früheren Kampagne zur Kenntnis zu nehmen, ohne daß die Vereinfachung ausgesprochen wurde, die Untersuchung der vorgetragenen Verdächtigungen zu veranlassen. Es wurden diese Fälle als einsetzende phantastische Plotschereien bezeichnet und mit dem Bemühen abgetan, das französische Personal in den Lagern der deutschen Kriegsgefangenen sei über jede Anklage erhaben. Daraufhin wurde den Franzosen am 10. Mai eine kurze Denkschrift mit Aussagen über die Behandlung deutscher Kriegsgefangener in dem früheren Kriegsgebiet überreicht. Den erschütternden Einzelheiten dieser Schrift ist zu entnehmen, daß die Behandlung der Kriegsgefangenen seit dem Waffenstillstande vielfach verschlechtert wurde. Angeklagts der überreichten Unterlagen, die auf Wunsch beliebig vermehrt werden können, wurde deutlicher die Erwartung ausgesprochen, General Rudant würde nunmehr veranlassen, daß die jetzt und schon früher geschilderten Missstände in den französischen Lagern genau untersucht, und, wo vorhanden, mit allem Nachdrud abgestellt werden.

### Heeresbericht des U. O. R.-Süd.

Tschechoslowakische Front: Eine im Abschnitt Landeshut auf unserem Gebiet vorgehende tschechische Patrouille wurde vertrieben. Polenfront: Seige feindliche Patrouillenaktivität bei Zduny; auch nördlich Schlawe wurde ein feindlicher Patrouillenvorstoß abgewiesen. Die Stadt Zduny und Schloss Neudorf nördlich Bentschen lagen unter feindlichem Feuer.

werde, um dem deutschen Volke einen Frieden der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit zu geben. Der durch Jahrhunderte erprobte Treue der schlesischen Städte kann sie bei allen ihren Schritten gewiss sein.

Breslau, den 15. Mai 1919.  
Der Vorstand des Schlesischen Städtefages.  
Oberbürgermeister a. D. Becker, Breslau; Oberbürgermeister Ratibor; Oberbürgermeister Dr. Brüning, Beuthen OS.; Oberbürgermeister Dr. Neugebauer, Oppeln; Oberbürgermeister Rieba, Brieg; Oberbürgermeister Sny, Görlitz; Oberbürgermeister Dr. Erdmann, Waldenburg; Oberbürgermeister Gaß, Grünberg.

### Polnischer Terror in Oberschlesien.

w. Die Preßstelle des Staatskommissariats für Oberschlesien teilt mit:

Die beiden kleinen Teilstreiks auf Ferdinand-Grube bei Katowice und im Kreisverein der staatlichen Berginspektion III in Bielschowitz sind heute wieder erloschen. Im Rybniker Grubenrevier sind alle Bergeschaften angefahren, doch machen sich in der Rybnicker Ede des Rybnicker Kreises, sicherlich von polnischer Seite gehörig, an archaische Zustände schlimmster Art geltend. Ständig wird auf der Straße geschossen und mit Handgranaten geworfen. Die zuhause Bevölkerung ihres Lebens nicht mehr sicher. Der Terror eines kleinen Teils der Mädelführern, die man zuhause als Verbrenner zu bezeichnen in der Lage ist, herrscht in der erschreckenden Form. Nach dem begangenen Attentat auf die Schule wurde gestern nach wieder ein solches auf den Wachtmeister Heist in Bielschowitz unternommen. Jetzt wird wieder mit der Propaganda für den Generalstreik eingespielt. Über 90 Prozent der anständigen Bevölkerung des Kreises bestürmt die einschlägigen Behörden um Schatz gegen diesen unablässigen Terror. Seitens der Staatsregierung wird nunmehr mit den schärfsten militärischen Maßnahmen gegen dieses Treiben eingetreten werden.

### Clemenceaus Antwort über die Wiedergutmachung.

\* Zu der im heutigen Morgenblatt veröffentlichten Antwortnote Clemenceaus über die Wiedergutmachung und Verantwortlichkeit wird durch das WTB. folgende Auslassung verbreitet:

w. Versailles, 21. Mai. Die Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen auf die deutsche Note vom 13. Mai über die Schulfrage deckt das Täschenspiel erstaunlich auf, mit dem die Entente versucht, die Friedensbasis zu verschieben und die 14 Punkte des Präsidenten Wilson in eine Haftung Deutschlands für den ganzen Krieg und alle seine Folgen umzuwandeln. In der Note Lansing handelt es sich, wie ihr Eingang zeigt, um eine Auslegung des Begriffes "Wiederherstellung der Invasion Gebiete". Diese Wiederherstellung konnte und mußte Deutschland übernehmen, weil es schon am 4. August 1914 durch den Mund seines leitenden Staatsmannes anerkannte, daß es den Krieg völkerrechtswidrig, nämlich durch die Verletzung einer garantierten Neutralität, nach Belgien und Nordfrankreich hineingetragen hatte. Um diese "Aggression" handelt es sich. Nach dem Urteil der Lansing-Note beziehen sich die Worte: "In Lande, zu Wasser und aus der Luft" nicht auf das Wort "Angriff", sondern auf das Wort "Schaden". Belgien und Nordfrankreich haben im Laufe des Krieges auf allen Wegen viel Schaden erlitten; aber sowohl zu Lande, als besonders zu Wasser und aus der Luft ganz überwiegend durch unsere Gegner. Diese werden schwerlich bereit sein, Deutschland nur für den Schaden haftbar zu machen, der französischen und belgischen Befreiungskriegen durch die deutschen Kriegshandlungen zu Lande, zu Wasser und aus der Luft entstanden ist.

Was die Haftbarkeit des deutschen Volkes für die internationale Verpflichtungen seiner früheren Regierung anlangt, so hat die deutsche Delegation diese ausdrücklich in dem Umfang anerkannt, in dem sie eingegangen sind. Sie bestreitet aber die Berechtigung unserer Gegner, das Volk für politische Vergehen zu strafen, die sie keinen abgesetzten Führern auslasten. Deutschland hat die russische Regierung, mit der es den Frieden von Brest schloß, wohl an die Vertragsverpflichtungen der zaristischen Regierung gebunden, ihr aber weber die Milliardenwerte noch die Menschenopfer angerechnet, um die der Überfall der Sowjet auf den deutschen Osten das deutsche Volk bestimmt hatte. Wenn die alliierten und assoziierten Regierungen sich weigern, den Kommissionsbericht über die Schulfrage herauszugeben, so paßt das in ein Verfahren, wo sie zugleich als Ankläger und als Richter auftreten. Der Angeklagte soll nicht einmal wissen, wessen und weshalb man ihn beschuldigt; er ist verurteilt, ehe er gehört wurde.

Bedauerlicherweise wird durch diese offizielle Auslassung der Umfang des zu entschädigenden Gebietes durch die Einschränkung von Nordfrankreich erweitert. Behmann Hollweg hat in seiner Rede nur davon gesprochen, daß wir durch die in Nordfrankreich erfolgte Besetzung belgischen und luxemburgischen Gebietes das die Länder zugefügte Unrecht wieder gut machen müßten. Nur hierzu haben wir uns durch die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen verpflichtet. Angesichts der "Täschenspielkunststücke" der Entente müssen wir ganz besonders vorsichtig in der Auslegung der feindlichen Antwortnoten sein.

### Die Berliner Kundgebungen am Mittwoch.

w. Berlin, 22. Mai. Der Verlauf der gestrigen Kundgebungen der Unabhängigkeits- und der Mehrheitssozialisten zur Friedensfrage hat gezeigt, daß in der Berliner Arbeiterschaft gegenwärtig die Sozial- und Gewerkschaftsleute stark die Oberhand haben. Der weite Raum des Lustgartens und seiner Umgebung, wo die Unabhängigen ihre Leute versammelt hatten, war dicht gefüllt. Dagegen war der viel kleinere Wilhelmplatz vor dem Sitz der Reichsregierung nur zum Teil von Anhängern Scheidemanns besetzt, die auch nicht imstande waren, einen Demonstrationzug der Unabhängigen, der sich von den Linden her unter gewaltigem Lärm die Wilhelmstraße bewegte, aufzuhalten. Die unabhängigen Demonstranten verhinderten auch mit wütendem Radau die letzten Redner der Scheidemannschen Kundgebung am Weiterstreichen, da sie sich der kleinen Schar ihrer Zuhörer nicht mehr verständlich machen konnten. Die Gefolgschaft der Unabhängigen verlangt rücksichtslos die Unterzeichnung des Friedensvertrages, gleichzeitig ob er vorher etwas gemildert wird oder nicht. In der Verurteilung des Friedensentwurfes der Feinde sind die Unabhängigen allerdings mit den Anhängern der Regierung einig, sie erwarten aber, daß er über kurz oder lang durch die Willkür der internationalen Proletariats richtig gemacht und daß dann eine allgemeine Versöhnung und Verbrüderung der Völker eintreten werde. Trotz des wütenden Lärms der Unabhängigen sind die Kundgebungen ohne größere Ausschreitungen verlaufen. Im Lustgarten wurde allerdings ein aus dem Schloß kommender Soldat vor dem Rednerpult arg misshandelt. Das auch unter den Scheidemannschen Mehrheitssozialisten ein mehr oder minder großer Teil den bedingungslosen Abschluß des Friedens verlangt, zeigte eine Versammlung des Groß Berliner Arbeiterrates, in der die Mehrheitssozialisten sich spalteten. Der bekannte Vorsitzende des Centralrates, Cohen-Neuk, sprach in dem Sinne, daß nach seiner Meinung weitere Verhandlungen keinen Zweck mehr hätten, und daß der Vertrag, wie er ist, angenommen werden müsse. Der Unabhängige Michael Müller brachte es sogar fertig zu behaupten, Deutschland allein habe die Schuld am Kriege. Die Versammlung nahm schließlich einen Antrag der Unabhängigen an, der die Unterzeichnung des Friedensvertrages fordert.

Bei der Kundgebung der Mehrheitssozialisten auf dem Wilhelmplatz hielt Scheidemann eine Ansprache in der er unter anderem ausführte: Wir sind keine Parvenüs des Pazifismus, sondern seit Bestehen der Partei eine Kämpfer- und Stoßtruppe. In der Betonung der Völkerbrüderlichkeit liegt der größte Wert unserer Kundgebung, den wir durch keine Verdächtigung der gegenüberliegenden Kreise räumen, als rege sich in diesen Tagen im neuen Deutschland der alte Nationalismus oder gar ein neuer Nationalismus. Nichts von Nationalismus, nichts von Revanche. Helfen Sie uns, daß die junge Republik ohne diese Erbünden einer vergangenen Zeit in die Zukunft hinaufsteigt. Für Völkerbrüderlichkeit haben Sie heut Ihre Stimme erhoben; vereinen Sie sich auch noch in den nächsten Tagen mit den unausgefeierten Befreiungen der Regierung für den höchsten und wirtschaftlichen Ausdruck der Völkerbrüderlichkeit.

## Spartakus gegen die Reichswehr.

sz. Spartakus hat eingesehen, daß er den offenen Kampf gegen die Reichswehr und die zu ihr gehörenden Freiwilligen-Regimenter nicht durchführen kann. Er ist, wo es zum Kampfe läuft, immer unterlegen. Der gut-disziplinierten Truppe, die fest in der Hand ihrer Führer ist, ist er nicht gewachsen. Deshalb versucht er sich jetzt — ganz wie bei der Vorbereitung der Revolution — an die Reichswehr und die Freiwilligen-Regimenter heranzumachen, um deren festes Gefüge und inneren Halt zu brechen. Folgendes geheime Rundschreiben des "Roten Soldatenbundes" wirft ein bezeichnendes Licht auf die spartakistischen Agitationspläne:

An die Kommunistische Partei Deutschlands, (Spartakusbund) Ortsgruppe . . . .

Werte Genossen!

Die immer mehr um sich greifende gegenrevolutionäre Tätigkeit macht es notwendig, in bestmöglichster Weise die Bearbeitung der Freiwilligen-Regimenter vorzunehmen. Wir haben diese Arbeit unter der Voraussetzung Ihrer tätigen Mithilfe übernommen und bitten zunächst um folgendes:

Sammlung der Adressen der Angehörigen von Freiwilligen-Regimenter. Diese Arbeit kann auf den verschiedensten Wegen vor sich gehen. Wir weisen nur darauf hin, daß sich im Kreise der Genossen innerhalb einige Bekannte finden werden, die Freiwilligen-Regimenter angehören oder solche, die in der Lage sind, beratliche Adressen anzugeben. Auch durch die Tätigkeit der Arbeiterräte, denen sehr oft beratiges Material in die Hände kommt, können wir zum Ziele kommen. Diese Arbeit ist äußerst dringend und muß ungebunden von allen Seiten in Angriff genommen werden. Die so gewonnenen Adressen bitten wir, uns umgehend zu übersenden, da die Bearbeitung bestmöglichst von und aus vorgenommen wird. Bei der Übersendung muß natürlich Sorge getragen werden, daß am Orte eine Abkündigung ausreichend ist, die öffentliche Meinung in einseitigem parteipolitischem Sinne zu beeinflussen.

Angehörige von Freiwilligen-Regimenter, die von den einzelnen Genossen als noch etwas zuverlässig bezeichnet werden, und unserer Bearbeitung leicht zugänglich sind, sodass wir auf diesem Wege Vertrauensmänner in den einzelnen Regimentern schaffen können, bitten wir besonders anzugeben. Es ist festgestellt, daß aus den Kreisen der Burschenschaften und Wandervögeln die Werbung für die Freiwilligen-Regimenter nicht ohne Erfolg geblieben ist, wobei in erster Linie die Verhebung der Presse und Zeitchriften uns gegenüber die Schuld trifft. Da gerade die Wandervögel-organisationen während des Krieges sehr oft einen gefundenen Sinn für die politische Lage und den Krieg behielten, so hoffen wir, gerade jene durch eine intensive Agitation in kürzer Zeit wieder aus diesen Regimentern herauszuziehen zu können. Wir legen auf diese Kreise darum besonderen Wert, weil sie den inneren Zusammenhalt in diesen Gruppen bilden und durch ihren Austritt die Disziplin eine derart lockere wird, daß die Verbände auf gegenrevolutionären Maßnahmen ihre Aktionsfähigkeit verlieren.

Die anderen Angehörigen der Freiwilligen-Regimenter sind größtenteils durch die gute Bezahlung, das freie Leben usw. angezogen und wollen alles andere, als im gegebenen Moment ihr Leben in Gefahr bringen. Gelingt es uns, auf diesem Weg die geistigen Kräfte aus den Freiwilligen-Verbänden herauszuziehen, so ist deren Stoffkraft gehemmt, umso mehr, wenn sie letzten Endes mit einem entzessenen und widerstandsfähigen Proletariat zu rechnen haben. Zur Bearbeitung der Freiwilligen-Regimenter schreibt sich folgende Methode vor: In erster Linie können die weiblichen Mitglieder besonders tätig sein, umso mehr, als sie nicht so leicht Gefahr laufen, von den Freiwilligen angegriffen zu werden. Die Bearbeitung ist weit abwechselter, wenn sie nicht innerhalb der geschlossenen Verbände vorgenommen wird, sondern wenn der Versuch, die einzelnen zu bearbeiten, mit fester Energie zur Durchführung kommt. Hierzu ist Gelegenheit auf den Straßen, in den Lokalen, Bahnhöfen, Eisenbahnen und allenthaler, wo sich einzelne dieser Regierungstruppen sehen lassen. Ein Flugblatt in die Hand gebracht, das sie aufdrückt, ist weit abwechseler, als den betroffenen Mann über ihre Taten durch Schimpfworte, wie Spiekeraden, zum Ausdruck zu bringen. Wir müssen hierbei stets das Ziel, „die Vermürbung der Regimenter“, im Auge haben und alle Wege, die hierzu geeignet sind, ausnutzen. Diese Arbeit bezieht sich sowohl auf Freiwilligen-Regimenter, wie Grenzschutztruppen und Sicherheitswehren.

Um baldige Auswendung gesammelter Adressen wird gebeten.

Mit Parteigruß,  
Zentrale des "Roten Soldatenbundes."

Die Angehörigen der Freiwilligen-Regimenter und Grenzschutztruppen sind also im Bilde, wie und mit welchen Mitteln sie in nächster Zeit bearbeitet werden sollen.

## Russische Kriegsgefangene gegen die Bolschewisten.

Es hat Kommission der Entente aus den noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen eine Truppe zusammenge stellt, die sich zum Kampf gegen die Bolschewisten bereit erklärt hat. Diese Truppe oder ein Teil von ihr kam dieser Tage durch Tilsit. Mit Erstchein, dessen Grund der Bevölkerung von Tilsit nicht bekannt war, rief bei dieser großen Aufregung hervor. Es liegen Gerüchte um, die Bolschewisten hätten die polnische Front bei ihrer Offensive durchbrochen und drohten in Ostpreußen einzufallen.

## Die Lage in Nordrußland.

D. v. G. Sollingtors, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.) "Aufkundungsblätter" wird über die Operationen am Niemen gebracht. Die gesamte Stärke der dortigen Orienttruppen betrage 80000 Mann, außerdem operierten an der Archangelsfront eine unter dem Oberbefehl des Generals Müller stehende russische Armee von 20000 Mann, die von aus Petersburg und Moskau geflüchteten ehemaligen russischen Offizieren befreit wird. Im Frühling, besonders während des Eingesanges auf der Dwina, war die Lage der Murmantruppen äußerst kritisch. Die von Trotski an dieser Front geplante und durch Entsendung großer Truppenmengen günstig gestaltete Durchbruchsoffensive wurde durch einen Vormarsch der finnischen Freiwilligen in Ostpreußen vereitelt, insbesondere dadurch, daß die Murmantruppen bei Petrozavodsk abgeschnitten und die Verbindung mit Petersburg unterbrochen wurde. Somit ist dort der Volksaufstand in Ostpreußen und der tatkäfigen Hilfe der finnischen Freiwilligen die Situation vorläufig gerettet worden.

w. Berlin, 21. Mai. Wie wir von ausständiger Stelle erfahren, ist über die Einnahme von Rigga bei dem deutschen A. O. S. Nord, das mit über 100000 Mann unangestossen Nachrichtenverkehr steht, nichts bekannt.

## Die Lage in Estland.

D. v. G. Sollingtors, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der "Revaler Sig." aufzugehen sieht die neue estnische Regierung nicht nur erheblich mehr links als die bisherige Regierung, da die ideelle Führung in den Händen der Sozialisten liegt, sondern hat auch ausgesprochen nationalistische, den baltischen Minderheiten feindliche Tendenzen. Mit der alten Regierung ist auch der deutsche Volksminister aus dem Dienste geschieden. Für die deutschen Beamten bedeutet das einen Schlag, aber mehr noch für Estland selbst. Das Element, das bisher noch im Lande der härteste und einzige positive Kulturfaktor war, das baltische Deutschtum in Estland, ist dadurch der Möglichkeit beraubt worden, positiv am Aufbau Estlands teilzunehmen, und auch seine gefährdeten kulturellen Interessen zu schützen. — Während der Sitzung der estnischen Konstituante am 19. Mai wurde

Estland als selbständige unabhängige Republik erklärt. Die deutschbaltischen Abgeordneten waren nicht anwesend.

## Die Wiederherstellung in Bayern.

D. Wie aus Bamberg gemeldet wird, soll die Umbildung der bayerischen Regierung, die durch die Aufnahme burgerlicher Mitglieder in das Kabinett erreicht werden soll, erst Anfang nächsten Woche erfolgen. Gestern hat die Mittelpartei das Bandages zwei Anfragen eingebrochen, die Ausschluss darüber verlangen, wie seit der Novemberrevolution die Mittel des bayerischen Staates verhindert wurden. Ein Antrag derselben Partei verlangt, daß die am 17. März der Regierung durch das Erneuerungsgesetz erteilten Vollmachten von dieser in die Hand der Volksversammlung zurückgegeben werden. Eine Anfrage der demokratischen Partei will wissen, ob die Regierung bereit ist, die am 1. Mai errichtete Volksausklärungsstelle in München wieder zu besetzen, da es eines freien Volksstaates unwürdig sei, die öffentliche Meinung in einseitigem parteipolitischem Sinne zu beeinflussen.

## Verschiedene Mitteilungen.

\* Prozeß Ledebour. Die gestrige Verhandlung im Prozeß Ledebour sollte dazu dienen, durch Vernehmung des Angeklagten Art und Maß seiner Beteiligung an den Vorgängen am Berliner Polizeipräsidium und im Marktall sowie an der Befreiung der Berliner Zeitungen festzustellen. Man blieb aber diesem Ziele recht fern, denn ein großer Teil der Zeit wurde verbraucht durch unfruchtbare Unterhaltungen mit dem Angeklagten, der zum Teil in sehr gereizter Form Ausfälle gegen den Vorsitzenden, den Staatsanwalt, gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, den früheren Justizminister Seine vorbrachte und dadurch umfangreiche Antworten und Bureaucratien provozierte. Auf die eingehende Verhandlung des Prozeß kaum fördernden Auseinandersetzungen verzichten wir, da wir keinen Anlaß haben, den Ledebourischen Querelen zu weiterer Verbreitung zu verhelfen. Nur so viel sei mitgeteilt, daß Ledebour die Vernehmung seines verlangte und es ablehnte, mit gewissen zur Verleugnung gebrachten kommunistischen Flugblättern und mit der Waffenausgabe im Marktall in Verbindung gebracht zu werden.

bbl. Erzberger als „Ministerpräsident“. Wir lesen im „Deich-Kurier“: Heute vormittag prangen im Zentrum Berlins an den Anschlagsäulen wieder Extrablätter und wurden auch gratis verteilt, in denen die bevorstehende Ministerpräsidentschaft Erzbergers angekündigt wurde. Natürlich handelt es sich um einen großen Unfug, über die Tendenz, die davorunter steht, lädt sich noch nichts sagen. Auftraggeber des Extrablattes ist ein gewisser Clemens Gildebrandt, Bruder der angeborene Birma-Hempel u. Co., die auf Vorhaltungen aus der Reichskanzlei erklärte: „Als Geschäftsfreunde müssten wir drucken was kommt.“

w. Mährisch-Ostrau, 21. Mai. Zu dem gestrigen Explosionsunglück in der neuen Grube in Lazi wird berichtet: Die Bergungsarbeiten wurden die ganze Nacht hindurch fortgesetzt. Nach den bisherigen meldungen sind 32 Tote festgestellt. Im Grubenhaus liegen 28 Personen teils verletzt, teils durch Gas vergiftet. Vermisst werden noch ungefähr 50 Bergleute. Zur Zeit der Explosion arbeiteten in der neuen Grube 650 Bergleute, von denen der größte Teil sich durch einen Sprengsatz rettete. Ein anderer Meldung aufgezeigt werden noch 80 Bergleute vermisst.

\* Zeichen der Zeit. Die letzte Nummer des „Armee-Verordnungsblattes“ enthält folgende Bekanntmachung des Kriegsministeriums: „Einem Pariser Zeitungsaufgabe soll von deutscher Truppen beim Rückzug aus Belgien ein Eisenbahnwagen mit über 500000 Mark deutschem Silbergeld in Lüttich zurückgelassen worden sein. Andererseits sind zur Beschleunigung unmittelbar an den Präfekten der Reichsentschädigungscommission und gleichzeitig an die Kassenabteilung des Kriegsministeriums zu richten.

## Schlesien.

### Gegen den Gewaltfrieden.

#### Deutschnationale Protestversammlungen.

\* Die deutschnationale Volkspartei Breslau veranstaltete gestern abend noch drei weitere Versammlungen als Protestkundgebungen gegen den Vernichtungsfrieden. Sie fanden statt im großen Saale der Hermannloge, im Fürstengarten und in der Schlachthofstörfel.

In der Hermannloge, wo Redner Malzbrenner die Versammlung leitete, sprach als Hauptredner der Abgeordnete Degler. Er wies einleitend darauf hin, daß der kindliche Glaube an das Evangelium des großen Mannes jenseits des Oceans allen denen, die ihn gehegt haben, jetzt eine bittere Enttäuschung gebracht hat. Die Deutschnationale haben diesen Glauben von Anfang an nicht geteilt und könnten somit auch keine Enttäuschung erleben. Wir sind nicht zusammengekommen, um über diese Bedingungen, die eine schamlose Herausforderung des deutschen Volkes bedeuten, zu jammern und zu klagen. Dadurch erhöhen wir unser Ansehen in der Welt nicht. Mit Stolz und Würde wollen wir unter Unglück tragen. Aber wir haben das Recht, der Welt den großen Betrug vor Augen zu führen, den der Kriegsverband an der Menschheit begeht. Der Inhalt des „Friedens“-Vertrages ließe sich kurz in den einen Satz zusammenfassen: „Deutschland verzichtet auf seine Existenz.“ Der Redner ging dann die einzelnen Bestimmungen des Vertrages durch und forderte u. a. unter lebhafter Zustimmung der Versammlung, daß die deutsche Regierung dem Kaiser innerhalb der Grenzen Deutschlands den Schutz gewähre, den er als deutscher Staatsfürer beanspruchen darf. Er sprach die bestimmte Erwartung aus, daß die Regierung bei dem in der Nationalversammlung ausgesprochenen „unannehmbaren“ bleiben werde, und erinnerte daran, daß Scheidemann gesagt hat: die Hand solle verdorben, die diese Bedingungen unterstreichen würde. Nur ein muthaftes, furchtloses Auftreten hat bisher in der Welt immer Erfolg gemacht. Der Redner schloß mit der Hoffnung, daß unser Volk durch die Trübsal geläutert werde, und mit der Mahnung, desto fester in der Liebe zum Vaterland und zur schlesischen Heimat zu bleiben. (Sturmischer Beifall.) Generalsefträger Strack meinte, daß die Ansicht der Anhänger Wilsons in unserem Lande, Wilson habe sich bei den Friedensverhandlungen nicht durchsetzen können, sondern sei überstimmt worden, doch wohl nicht richtig sei. Französische Blätter lachen geradezu hierüber, und der „Temps“ hat uns deutlich genug gesagt, wie ein richtiger Clemenceaufriede aussehen hätte: Dann wäre überhaupt kein Deutschland und kein Preußen bestehen geblieben, sondern sie wären in die Teile aufgelöst worden, wie sie vor 1866 und 1870 bestanden. Davor hat uns der milde „Wilsonsfriede“ noch gründig bewahrt. Wir sehen daran wieder, daß ein Volk sich nur auf sich selbst verlassen darf. Wir stehen allein da, aber wir werden protestieren, und wir müssen handeln, wenn die Proteste nichts helfen. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.)

In der von Professor Schönaich geleiteten Versammlung im Fürstengarten sprachen Rechtsanwalt Dr. Friedrich und Dr. Böcklin, in der Versammlung in der Schlachthofstörfel unter Leitung des Rechtsanwalts Demlow, Lehrer Krause und Kartellsekretär Kandler. Überall kam mit einmütiger Entscheidung die Ansicht zum Ausdruck, daß die uns vorgelegten Friedensbedingungen nicht unterzeichnet werden dürfen, und es wurde die bereits gestellte Entschließung angenommen.

#### Weitere Kundgebungen.

Auch aus den Reichswehr- und Grenzschutzverbänden werden in immer steigendem Maße Stimmen laut, die diesen Gewaltfrieden als unannehmbar bezeichnen. Überall hat sich das Militär fast vollständig an den Protestkundgebungen in den ober-schlesischen Städten beteiligt und von vielen Truppen ist an die Regierung das Erbuchen gerichtet worden, diese Bedingungen abzulehnen. So richtete z. B. das Infanterie-Regiment 400 aus Ober-schlesien folgendes Telegramm an die Regierung:

-Infanterie-Regiment 400, im Grenzschuh in Ober-schlesien, legt geschlossen aufs schärfste Verwahrung ein gegen den uns zugemuteten schmachvollen Gewaltfrieden. Das Regiment erwartet, daß die Regierung unter allen Umständen diese unerhörten Bedingungen zurückweist. Mit den treuenkriesten Schlesiern steht und fällt es zum Schutz des geliebten Vaterlandes. Kein Fuß breit deutsches Boden darf ohne Kampf aufgegeben werden! Wir werden auf dem Posten sein! \*

Reisse. Im Hinblick auf die Behauptung unserer Feinde, daß die Errichtung des deutschen Volkes nicht eit sei, fand Mittwoch auf dem Ringe eine erneute Protestversammlung aller Parteien statt, welche nach vielen Tausenden zählte. Erster Bürgermeister Dr. Franke gab in ihrer aller Namen der Empörung der Bevölkerung gegen den Gewaltfrieden und gegen die Loslösung wichtiger deutscher Gebiete in einer zündenden Ansprache lebhaften Ausdruck.

## Fochall von Reiseausweisen.

\* Vom Sonntag, den 25. Mai, ab fällt, wie wir aus amtlicher Quelle mitteilen können, das Erfordernis von Reiseausweisen auf den Straßen Breslau-Glatz und Breslau-Zobten fort.

## Polnische Wahlkampf in Ober-schlesien.

\* Durch terroristische Beeinflussungen aller Art und unerlässbare Verpredigungen versuchen die Polen die ober-schlesische Bevölkerung für sich zu gewinnen. Obwohl im Inneren Polens Hungersnot herrscht, die bereits zu mehreren Anträgen im polnischen Landtag geführt hat, haben sie Lebensmittel an die Grenze geschafft, um damit die Bevölkerung zu locken. So werden in Sosnowiec Lebensmittel bereitgestellt, die gegen besondere Bescheinigung für die Polen in Ober-schlesien eingeholt werden können. In Beuthen wird polnischer Spez für billiges Geld verkauf. Seitens besonderer Vereine werden der polnischen Bevölkerung Ober-schlesien Lebensmittelcoupons ausgestellt, auf die sie Lebensmittel bei Glupno und Modrzejow kaufen kann. Aus Katowitz hört man, daß von polnischer Seite der Bevölkerung bis ins einzelne ausgenutzt wird, wie allein durch die Öffnung der Grenze nach Polen eine erhebliche Besserung in der Lebensmittelversorgung eintreten würde. Weiter machen die Polen dahingehende Versprechungen, doch mit ihrer Hilfe die Kriegsgefangenen eher befreit würden. Aus Katowice und Katowitz wird berichtet, daß die dortige Bevölkerung aufgesfordert wird, die Namen ihrer in Kriegsgefangenschaft befindlichen Angehörigen in besondere Listen einzutragen. Jegend welche reale Gründe für ihr Versprechen können die Polen nicht angeben. Desgleichen schlagen ihre Heer die Furcht der Bevölkerung vor den kommenden hohen Steuern aus. Sie erzählen dann, daß die Ober-schlesier nach ihrer Angliederung an Polen überhaupt keine Steuern mehr zu bezahlen haben würden. Doch Ober-schlesien dazu bestimmt ist, nach seiner Befreiung durch Polen die Schäden zu beilegen, die französische Kapitalisten dadurch erlitten haben, daß sie dem russischen Reiche gewaltige Summen liehen, wird natürlich verschwiegen. Außerdem scheinen sie die Zukunft vor terroristischem Vorgehen für außerordentlich wirkungsvoll bei der Bevölkerung zu halten. Denn immer wieder und an allen möglichen Orten werden die Gerüchte verbreitet, daß in den nächsten Tagen Angriffe der Polen auf Ober-schlesien zu erwarten seien. Mit terroristischem Druck und mit reichlichen Versprechungen auf Belebung ihrer gewaltigen materiellen Sorgen sucht man von Polen aus die Ober-schlesier für den Gedanken eines Anchlusses zu gewinnen. Auf ideelle, nationale und historische Argumente vermag man in an bei der Agitation nicht hinzuweisen; doch sie aber bei der Mehrheit keinen Einfluss haben, doch vielmehr aus allen Teilen Ober-schlesiens an die Organe der deutschen Republik in Breslau von Zuschriften immer wieder die bringende Bitte gerichtet wird, mit allem Nachdruck für das Überleben des Landes bei Deutschland einzutreten, das zeugt von dem klaren Blick der Bevölkerung für die eigentlichen Motive der Polen: die ersten wollen, wo sie nicht gefügt haben, und die vor allem die Angliederung der hochentwickelten ober-schlesischen Industrie fordern, die sie aus sich heraus — wie die Verhältnisse ihres Landes zeigen — nie mals hätten ins Leben rufen können.

[Sperrung von Gräfenberg-Freivalden.] Anfolge der Androhung an Lebensmittel, die für die einheimische Bevölkerung gänzlich ungünstig sind, für Fremde daher gar nicht ausreichen, teilt der Stadtvorstand von Freivalden mit, daß Sommerfrischland nicht aufgenommen und verpflegt werden können. Milch erhalten selbst zahlreiche kleinste Kinder der einheimischen Bevölkerung seit Monaten keinen Nektar, aber auch andere Nahrungsmittel, wie Fleisch, Eier, Butter, Gemüse, sind gar nicht vorhanden. Das Gemeinwirtschaftsrat kann Lebensmittel oder Lebensmittelarten am Fremde nicht abgeben. Es können lediglich in Gasthäusern und konfessionierten Gräfenberger Kirchhäusern untergebrachte Kurzzeit, die durch amtssätzlich bestätigte Bezeugnisse die unbedingte Notwendigkeit des Kurzzeitabreises nachweisen, entsprechend den spälichen amtlichen Ausweisungen verpflegt werden. Die an den allernotwendigsten Nahrungsmitteln schwer bedeckende Bevölkerung ist infolge der bestehenden Verhältnisse ausser von einer dermaßen gereizten Stimmung gegen Sommerfrischland, daß ein ruhiges Verhalten derselben nicht gewährleistet werden kann.

## Handelsteil.

### Berliner Börse.

#### Einangsbericht. (Eig. Teil.)

Die gestrige Befestigung setzte sich unter der Einwirkung einer etwas besseren Auffassung der politischen Lage auf dem heutigen Markt fort, in dessen Mittelpunkt wieder die heimischen Staatspapiere standen. Kriegsanleihen stiegen auf 75 bis 75½. Auch Schatzanleihen und ältere deutsche Staatspapiere erholt sich merklich. Zu höheren Kurien gingen Canadas um. Bemerkenswert höher waren auch Orientbahn, Henrichsbahn und Türkische Takat. Von Schiffahrtspflichten notierten besonders Gräfinen und Südamerika höher. Am Montanmarkt lebten Montaner 8 Proz. höher ein. Kerner waren Ober-schlesische Eisenindustrie, Gelsenkirchener, Phoenix, Lombacher, Harpen, Löhringer Hütte und Deutsche Luxemburger als besser zu verzeichnen. Höher wurden ferner notiert Badische Anilin, A. G. Deutsche Waffen, Gütlich Kupfer, Petroleum höher, doch verzeichnete sich Etana nicht zu behaupten. Österreichische, Ungarische und Russische Anleihen still. Im Verlauf machte die Befestigung vornehmlich am Montanmarkt weitere Fortschritte.

\* Breslau, 23. Mai. Börse. Die freundlichere Stimmung, die bereits gestern in Berlin zum Ausdruck kam, vermochte sich auch an die biesigen Börse durchzusetzen, denn die Haltung war von einer bemerkenswerten Zuversicht. Hierbei wurden größere Umsätze getätigt und deren Kurs bis 75½ zu steigen vermodete. Auch für heimische Fonds war reicher Interesse vorhanden. So wurden besondere Schlesische Boden-Pfandbriefe in größeren Beträgen aus dem Markt genommen, doch konnten sie ihren Höchststand nicht bis zum Schluss behaupten. Auch Schlesische Pfandbriefe und Polener Pfandbriefe waren gesucht. In Dividendenpapieren fanden nur geringe Umsätze statt. So gingen Schlesische Bodenbank Aktien mit 135½ bis 138 bez. B. Freiburger Uhren mit 130 bez. G. und Gräfiner Terrain mit 1



## Kerzenverteilung.

Auf Grund der Rüste VI der Anordnung über die Leuchtmittelverteilung vom 24. 9. 18 geben wir bekannt, daß auf Marke 14 der Leuchtmittelstafte A 1 Kerze  
B 2 Kerzen  
C 3 Kerzen

alsbald in den bekannten Ausgabestellen ausgegeben werden. Der Preis für einzelne Kerzen beträgt 25 Pf. für das Stück, bei Entnahme ganzer Pastele, enthaltend 8 Stück, 1,47 Pf. für das Paket.

Die Kleinhändler haben die eingesammelten Marken, wie in der früheren Weise, der Stadtverteilungsstelle, Abteilung Beauftragter — Junferstraße 13, bestimmt bis 6. Juni 1919 einzureichen. Auf dem Markenabschlag ist der Bestand von Petroleum und Kerzen anzugeben.

Im übrigen sind die Bestimmungen der vorangegangenen Leuchtmittelverteilungen auf diese Anordnung sinngemäß angewendet.

Breslau, den 18. Mai 1919.

Der Magistrat.

Dr. Wagner. Dr. Fuchs.

## Reichswehr Geb.-M.-G. Gruppe 229 (Detachement Paulsen)

sucht noch M.-G. Schützen, frontsehahne Infanteristen, einige Fahrer, Tragtierführer und Ordensanreiter. Auch M.-G. Offiziere werden noch eingestellt.

Meldungen mündlich oder schriftlich in [2]

Sillmenau b. Kallern,  
Kreis Breslau.

Am Freitag, den 6. Juni 1919, nachmittags 4 Uhr, findet im Gasthause zu Diekendorf die

### 22. ordentliche Generalversammlung

statt, wozu die Herren Gesellschafter gemäß § 26 des Gesellschaftsvertrages hiermit eingeladen werden.

Tageordnung:

- 1) Bericht des Geschäftsrats und Festsetzung des endgültigen Geschäftsbuches pro 1918/19.
- 2) Besichtigung über die Kapazität und Räume pro 1918/19 und Erteilung der Zustellung an Aufsichtsrat und Geschäftsführer.
- 3) Erwahlung für die nach § 20 des Statuts turnusmäßig ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats Herrn Majoratschef Graf Carl v. Caramer, Sieverswitz und Landessoldaten Freiherr C. v. Richthofen, Schmellwitz.
- 4) Geschäftsführer.

Auf die Bestimmungen des § 27 des Gesellschaftsvertrages wird ausdrücklich aufmerksam gemacht.

### Zuckerfabrik Diekendorf

Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats

Graf v. Caramer.

## Kammermusik.

Herr, sehr geübt im Kammermusikspiel (Violine), wünscht sich einen Gastrio, Quartett oder dergl. anzuschließen. Angebote erb. K 78 Gesicht d. Sta.

## Gnadenberg, Töchter-Schulheim

Kreis Bünzlau.

— der Brüdergemeine. — Schulfraße höhere Mädchenschule (Schulgarten des Gnadenbergs) mit Internat. Sorgfältige Verpflegung, ländliche Umgebung, Inselung zu selbständiger geistiger Arbeit, platzmäßige räumliche Ausbildung, familiärschaftliches Zusammenleben von Lehrerinnen und Schülerinnen, Pflege vertrauensvoller Beziehungen zwischen Schule und Haus, umfassende Verbildlichung deutscher Weisheit und deutscher Art im sprachlichen und geschichtlichen Unterricht. Erziehung zu freier und froher evangelischer Fröhlichkeit.

Nähere Angaben durch den Direktor B. Fritsch.

## Gefreideabrechnungen

im Verlauf mit der Reichsgetreidestelle und dem Schwedtgericht befehlt durch die Kreisstornstelle und deren Kommissionäre (Getreidehandel, Genossenschaften usw.).

## Landwirte! Großgrundbesitzer!

Wie Beanstandungen zurückzuholen u. mögliche abzulehnen sind, darüber ertheilt Fachmannische Auskunft und übernimmt die Ausarbeitung:

### Wiesczorek, Breslau 8, Lößnitzstraße 23, I.

Gaß Auftragen unter „H 143“ und „H 175“ unbedingt befolgen, so sind diese vorher gegangen, und bitte ich, die Anfragen im eigenen Interesse unter solger Adress zu wiederholen.

## Plünderung, Aufruhr, Krieg!

Eine Versicherung gegen alle Schäden infolge öffentlicher Unruhen, Aufruhr und damit verbundener Plünderungen, Verstümmelungen, sowie Raub einschließlich Kriegsgefahr ist in dieser unsicheren Zeit unerlässlich. Zur Versicherung von Haushaltungen, Schlössern, Dominien mit ihrem gesamten lebenden und toten Inventar, Geschäften aller Art, Fabriken, Warenläden, Banken und Handdepots ertheilen wir bereitwillig unverbindliche Offerte.

## Hansen & Kemnow,

Breslau 13, Kaiser-Wilhelm-Straße Nr. 29.

Raue nur Donnerstag, den 21. bis einschl. Sonnabend, den 24. Mai, von 10—6 Uhr, im Hotel de Rome, Bischofstr. 10, und Central-Hotel.

## alte Gebisse

pro Zahn 1,20 u. 4 Mt. Gebisse in Gold und Platin bis 150 Mt. Platin zu höchsten Preisen.

O. Willig und Frau.

## Rönnen Sie tanzen?

Wollen Sie ohne Lehrer stimmt, mod. Rund u. Gruppenl. tanzen, dann Sie sich an, jed. Vergnügen kostet, wenig Gebühre. Eine geschriften, mit all. Zubehör zu verkaufen. Karlsstr. 5, II.

## Billard

sehr gut erhalten, wenig Gebühre. Eine geschriften, mit all. Zubehör zu verkaufen. Karlsstr. 5, II.

## Schreibmaschine

am höchsten Preisen zu kaufen gefüllt. Angebote mit Angabe des Modells, Nummer u. Preis unter K 55 Gesell. d. Stg.

Klang. Geige, Preis 400 Mt.

zu verkaufen gefüllt. Angebote unter K 92 Gesell. der Stg. d. Stg.

## „SCHREIBMASCHINE

zu kaufen gefüllt. Angebote mit Angabe des Modells, Nummer u. Preis unter K 55 Gesell. d. Stg.

## „OLOS“

„SCHUHCREME“

## BOHNERWACHS

Leim Teerprodukt

## „PRISMEN-JAGDGLOS“

Die 6x Vergrößerung, geb., aber tabellös in Ordnung, für 115 Mt. zu verkaufen.

## „SPESSEIMMERLAMPE“

Metall, 1. Gas u. G. 1. 115. Mt. zu verkaufen.

## „TAUSCH.“

Elegante Gedekte (Grauete) 18—24 Perlon, geg. Zeppe.

## „ZWEI NEUE DAMENHÄTTE“

reiß u. braun, umständhalber günstig zu verkaufen.

## „BRIGITTEHAUT 41. 2 Tr. reich.“

Die Kappe ist 1,80 M. u. besteht aus Leder.

## „ÜBERALM MIT STYLICHEM“

Stiel. Preis 1,80 M. u. Größe 1.

## „GRÖSSE“

Groß, goldene Bilderrahmen, einige gerahmte Bilder.

## „SILBERVASEN UND SCHALEN“

etwa so groß wie geschildert, günstig zu verkaufen.

## „VERLAUF“

Wölbe, Wölbe, Wölbe.

## „WAHLER“

Wöl